

Bundeskanzleramt-Bereichsstellvertretung I/B 2
Bundeskanzleramt-Ministerratsdienst
Ballhausplatz 2
1014 Wien

per E-Mail

**BKA, 48. Sitzung des Ministerrates am 10. Februar 2015, Pkt. 2/2 des Beschluss.Prot. 48;
Vorlage eines Schreibens der Niederösterreichischen Landesregierung bezüglich einer
EntschlieÙung des NÖ Landtages betreffend Einführung des Pflichtgegenstandes
"Politische Bildung" spätestens ab der 7. Schulstufe in allen Schultypen;
Ressortstellungnahme**

Das Bundesministerium für Bildung und Frauen bestätigt den Erhalt der am 26. Jänner 2015 per E-Mail übermittelten Vorlage eines Schreibens der Niederösterreichischen Landesregierung bezüglich einer EntschlieÙung des NÖ Landtages betreffend Einführung des Pflichtgegenstandes „Politische Bildung“ spätestens ab der 7. Schulstufe in allen Schultypen und nimmt wie folgt Stellung:

Bereits jetzt ist Politische Bildung im Unterricht verankert. Zu den bestehenden lehrplanmäßigen Voraussetzungen der Politischen Bildung in den Schulen wird auf die unter <http://www.politiklernen.at/content/site/basiswissen/politischebildung/lehrplaene/index.html> abrufbare tabellarische Übersicht hingewiesen. Politische Bildung wird in den einzelnen Schultypen unterschiedlich aufgegriffen. In der Berufsschule wird sie als eigener Gegenstand Politische Bildung geführt, in allen anderen Schulformen (NMS/HS, PTS, AHS, BMHS) wird sie als Kombinationsfach mit Geschichte, Zeitgeschichte, Recht oder Wirtschaftskunde mit einem Schwerpunkt in der 8. Schulstufe angeboten. Politische Bildung ist weiters als Unterrichtsprinzip für alle Schulstufen und Schultypen definiert. Das bedeutet, dass jede Lehrkraft angehalten ist, Politische Bildung zu unterrichten und dass Politische Bildung auch bereits in der Volksschule und vor der 8. Schulstufe Thema in der Schule ist.

Verbunden mit der Herausforderung junge Menschen auf das gesellschaftliche und politische Leben vorzubereiten sieht das Regierungsprogramm eine Weiterentwicklung und noch stärkere Verankerung von Politischer Bildung in Form von Pflichtmodulen vor. Nach Diskussion wesentlicher und grundsätzlicher damit verbundener Fragen (Umfang, Inhalte, Grad der Verbindlichkeit) wird derzeit mit Expertinnen und Experten ein Lehrplanentwurf erarbeitet, der eine deutliche Betonung von Politischer Bildung und Menschenrechtsthemen ab der 6. Schulstufe vorsieht.

Geschäftszahl: BMBF-10.353/0007-III/4/2015
SachbearbeiterIn: Mag. Simone Gartner-Springer
Abteilung: III/4
E-Mail: simone.gartner-springer@bmbf.gv.at
Telefon/Fax: +43 1 531 20-2331/531 20-812331
Ihr Zeichen: BKA-350.710/0020-I/4/2015

Minoritenplatz 5
1014 Wien
Tel.: +43 1 531 20-0
Fax: +43 1 531 20-3099
ministerium@bmbf.gv.at
www.bmbf.gv.at

Antwortschreiben bitte unter Anführung der Geschäftszahl.

DVR 0064301

Der Lehrplanentwurf wird kostenneutral ausgerichtet, zumal eine Erhöhung des workloads für Schülerinnen und Schüler nicht beabsichtigt ist. Vorbehaltlich der Ergebnisse einer Konsultationsphase ist eine aufsteigende Inkraftsetzung mit Beginn des Schuljahres 2015/16 geplant.

Wien, 10. März 2015
 Für die Bundesministerin:
 SektChef Ing. Mag. Andreas Thaller

Elektronisch gefertigt

Signaturwert	j8uovkz6EWDR7eR73B/sh/3lBljnMDNe4sUFvNwGclgEywBY9dSJ3walO4b3utTNIMZdQb/4DiKHwabDGVLMltAgMkdsDXyjqKiiFtpZPRkoL9aWH2YHl8x/kX2PHp95xEmSerkMNCYikC28fDCV79F0vdjDBTIVs9CbtYg60HvLmNjowSTMrLDi4kErBxt5KVf1rw4Np8AFX1xbPr6QtA/W7OggMltleOX002EGfMwbvRANy+RAIA1BWUOLoKgR9JqkKzbsrATfNjA6/F6rldAb5aXOGQNm2ZiRjXY+1vMX3r/HROCVbpVXHfWkN1OreKfpQwVYfSYHDyTPC6tA==	
	Unterzeichner	Bundesministerium für Bildung und Frauen
	Datum/Zeit	2015-03-11T08:52:29+01:00
	Aussteller-Zertifikat	CN=a-sign-corporate-light-02,OU=a-sign-corporate-light-02,O=A-Trust Ges. f. Sicherheitssysteme im elektr. Datenverkehr GmbH,C=AT
	Serien-Nr.	1179688
	Hinweis	Dieses Dokument wurde amtssigniert.
Prüfinformation	Informationen zur Prüfung der elektronischen Signatur finden Sie unter: http://www.signaturpruefung.gv.at . Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: http://www.bmbf.gv.at/verifizierung .	